

# Merkel führt Deutschland in den Schuldensumpf



**+++ 10 Millionen Kurzarbeiter +++ 1,5 Millionen neue  
Arbeitslose +++ 50.000 Unternehmensinsolvenzen noch in  
diesem Jahr +++ 150 Milliarden Euro für das EU-Rettungspaket  
+++ 140 Milliarden Euro für das EU-Wiederaufbauprogramm  
+++ 1,5 Billionen Euro »Corona«-Kosten +++**

---

## Das offene Wort

### Wer Muh sagt, muß auch Milch geben!

Für einen normalbegabten Menschen ist das nicht mehr nachvollziehbar: Fast täglich werden wir mit Meldungen über immer neue Milliardensummen überschüttet, die als Schulden aufgenommen werden, um die Wirtschaft und Finanzwelt vor dem Zusammenbruch zu retten.

Vor lauter »Soforthilfen«, »Rettungspaketen«, »Wiederaufbaufonds« kann man gar nicht mehr mitzählen, wieviel Milliarden Euro da versprochen oder verteilt werden.

Die Autoindustrie, die *Luft-hansa*, die Busunternehmen, die Reisebüros, die Bahn, die Schulen, ja sogar die Prostituierten sollen bedacht werden.

Aber das ist nur der kleinere Teil: Die EU-Kommission der Frau *von der Leyen* will 750 Milliarden an die notleidenden EU-Staaten verteilen, davon 500 Milliarden an »verlorenen Zuschüssen« und 250 Milliarden an »Krediten« mit einer Laufzeit von fast 30 Jahren, bei denen jeder normalbegabte Mensch weiß, daß sie nie zurückgezahlt werden.

Die EU hat aber keine 750 Milliarden Euro im Sparstrumpf. Also muß sie Kredite auf dem »Finanzmarkt« aufnehmen. Und für die Zinsen und Schulden dieser Kredite sollen alle Euro-Staaten gemeinsam haften. Und wenn keiner zahlen kann, sind sich alle einig: **Wofür haben wir Deutschland?**

Mir ist das klar – Ihnen auch?

*Ihre Sabine Möller*

## Merkels »Transformation«

Auf dem Welt-Wirtschafts-Forum im Januar in Davos orakelte *Merkel*: »Die gesamte Art des Wirtschaftens und das Leben, wie wir es uns angewöhnt haben, werden wir in den nächsten 30 Jahren verlassen«, vor uns lägen »**Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß**«.

Plötzlich taucht so ein kleines Virus auf und die herrschende Klasse kann locker 30 Jahre überspringen und sofort mit der Umgestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft anfangen.

Das Ausmaß dieser »Umgestaltung« ist nur zu ahnen.

Nachdem durch den Zustrom kulturfremder Menschen die Gesellschaft unumkehrbar »umgestaltet« wurde und weiterhin wird, ist nun die deutsche Wirtschaft das Ziel der »Umgestalter« und ihrer willigen Helfer.

Die kommunistische Lösung »Armut für alle!« könnte eher in Erfüllung gehen, als es sich die »grün« wählende »Mittelstandsgesellschaft« erträumt.

Unter dem bombastischen Namen »Wiederaufbauprogramm« sollen Italien, Spanien und auch Frankreich nicht rückzahlbare finanzielle Hilfen in Höhe von 500 Milliarden Euro (eine halbe Billion) von der EU erhalten. Deutschlands Anteil: mindestens 140 Milliarden Euro verschenktes Geld.

Man kann nur hoffen, daß der Widerstand Österreichs, der Niederlande, Schwedens und Dänemarks diesen Wahnsinn noch verhindert.

Verabschiedet ist allerdings bereits das EU-Rettungspaket, an dem »wir« uns mit rund 150 Milliarden Euro beteiligen. Gleichzeitig sagen Wirtschaftswissenschaftler voraus, daß die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um bis zu zehn Prozent schrumpfen wird.

Es werden in diesem Jahr über 50.000 Unternehmensinsolvenzen befürchtet und etwa 1,5 Millionen neue Arbeitslose. Die Zahl der Kurzarbeiter befindet sich auf einem historischen Höchststand von über zehn Millionen Arbeitnehmern. Zum Vergleich: In der Finanzkrise 2009 waren es in der Spitze gut eine Million Kurzarbeiter.

Die Schuldenquote – das Verhältnis der Bundesschulden zum Bruttoinlandsprodukt – wird von 60 auf 75 Prozent steigen und uns auf Generationen in eine Zinsknechtschaft und in politische Abhängigkeiten zwingen, auch bei geringen Zinsen.

Wir gehören nicht zu den »Verschwörungstheoretikern«, die glauben, Frau *Merkel* habe das Virus in ihrer Küche in der Uckermark gezüchtet, wir verkennen auch nicht die Herausforderungen für Politik und Wissenschaft, auf das Corona-Phänomen richtig reagieren zu müssen.

Was sich allerdings vor unser aller Augen momentan abspielt, ist die Einschränkung von Grundrechten, die Demontage unserer Wirtschaft und die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung.

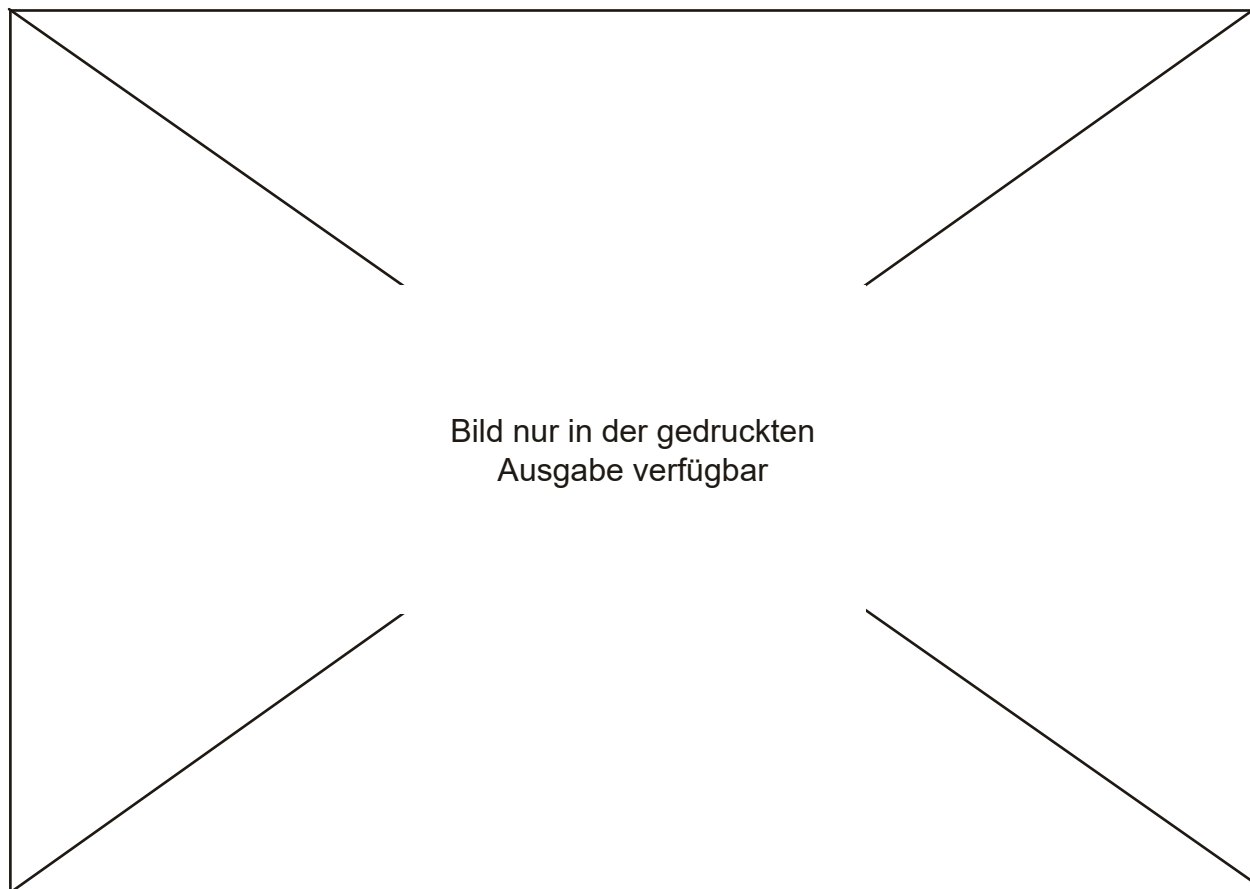
Nicht das Virus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie – es ist die Regierung *Merkel* und ihrer Helfer in den Blockparteien.

### ZUM NACHDENKEN:

**»Wir erteilen jeder Vergemeinschaftung von Schulden und Haftungsrisiken eine klare Absage. [...] Eine Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir klar ab.«**

Beschluß des 30. CDU-Parteitag, 26.2.2018

# Die Angst der Mächtigen vor dem Volk



Unter dem Sammelbegriff »Verschwörungstheoretiker« werden alle die zusammengefaßt, denen der Kurs dieser Regierung nicht paßt – egal bei welchen Themenfeldern.

Wie eine Umfrage ergab, seien 27 Prozent der Bevölkerung anfällig für »Verschwörungstheorien« – verständlich, daß den Herrschenden bei diesen Zahlen angst und bange wird. Umso mehr, da diese 27 Prozent nicht glauben, daß *Elvis* wiederaufersteht, Außerirdische die Welt bevölkern oder *Hitler* in der Antarktis überlebt hat.

Nein, es sind zum überwiegenden Teil Bürger, die Angst davor haben, daß »Corona« benutzt wird, um Grundrechte in der Bundesrepublik auf Dauer auszuhebeln.

Die Angst ist berechtigt! Merkels »gigantische Transformation« scheint schneller umgesetzt zu

werden als befürchtet. Doch ganz so dumm wie von den »Eliten« erhofft, ist der Bürger doch nicht.

Quer durch alle Volksschichten, über Parteigrenzen hinweg und fern jeglicher Ideologie finden sich bundesweit Menschen zusammen, die den Politikern und den hoferichterstattenden Medien nicht mehr glauben – und dies ist für dieses politische System existenzgefährdend. Mit seltener Konsequenz und zum Teil mit erheblicher Brutalität geht die Polizei gegen diese Demonstranten vor.

Darüber hinaus hat es den Anschein einer großen Koalition zwischen Polizei und Antifa, wenn man die Bilder der bundesweiten Demonstrationen sieht. Wer sich traut, von seinem grundgesetzlich verbrieften Recht, demonstrieren zu dürfen, Gebrauch macht, wird von der Polizei festgenommen oder von linken Kri-

minellen halb totgeschlagen. In üblicher Eintracht der Medien wurde z. B. der feige Überfall von bis zu 40 Linksterroristen auf drei Mitglieder der »rechten« Gewerkschaft »Zentrum Automobil« in Stuttgart bagatellisiert. Einer der Überfallenden kämpft immer noch um sein Überleben.

Die Polizei schreckt auch davor nicht zurück, ältere Menschen erbarmungslos über den Asphalt zu schleifen (siehe Seite 4), wenn diese es wagen, gegen die Einschränkungen unserer Freiheiten zu protestieren.

Die Angst der Herrschenden ist förmlich zu riechen, die Angst vor einer »Bewegung«, die eine »Transformation« in Gang setzen könnte, aber unter anderen Vorzeichen.

Wem nämlich jetzt ein Licht aufgegangen ist, den kann man auch in Zukunft schwer hinter selbiges führen.

# Ein Klima der Angst

Bei einer der Demonstrationen am 16.5.2020 auf dem Berliner Alexanderplatz wurde die Menschenrechtsaktivistin und DDR-Widerstandskämpferin *Angelika Barbe* von der Polizei grundlos und brutal festgenommen (die Festnahme wurde von Teilnehmern gefilmt und im Internet veröffentlicht)



Screenshot: YouTube (Ausschnitt)

Sie schildert den Ablauf der Festnahme:

»Wir trafen gegen 14.50 Uhr auf dem Alex ein, der nicht sehr belebt war und wunderten uns über einen abgesperrten Bereich mitten auf dem Platz. Ich wandte mich an einen Polizisten, der mir freundlich erklärte, das sei der genehmigte Teil für die Demo der Antifa. Wenn wir daran teilnehmen wollten, könnten wir das gern tun. Inzwischen waren mehrere Passanten neugierig geworden, wir kamen ins Gespräch.

Plötzlich wurde ich von einem Polizisten mit der Nummer 34113 angeblafft, ich sollte den Alex verlassen. Perplex antwortete ich, daß ich mit einer Freundin und meinem Mann hier sei, mich mit Menschen unterhalten und auch einkaufen wolle. Es erzürnte ihn offensichtlich, daß ich nicht

sofort seinem Befehl gehorchte. Er sprach mir sofort einen mündlichen Platzverweis aus. Verwundert wandte ich mich an einen anderen Polizisten und fragte, warum die Antifa geschützt würde, wir Passanten aber nicht bleiben dürften. Er forderte mich ebenfalls auf zu gehen. Ich lenkte ein und erklärte, einkaufen zu wollen, er ließ mich daraufhin weiterlaufen. Wenige Augenblicke später kam 34113 hinterhergestürmt und rief: "Nein, die zeigen wir an!"

Daraufhin stürzten etwa fünf Polizisten von hinten auf mich zu, zwei ergriffen rabiät und schonungslos meine Arme, schleiften mich mit Gewalt weiter, zwei flankierten den Zugriff. Da ich kürzlich eine Knie-OP hatte und noch immer unter Schmerzen leide, kann ich nicht so schnell laufen und rief immer, sie sollten langsam sein und mich nicht hetzen, ich würde keinen Widerstand leisten und selbst gehen. Im Gegenteil sie liefen schneller, drehten mir noch den Arm um und verbogen meine linke Hand, was die Zuschauer nicht sehen konnten. Ich zeigte auf meine Kniearbe und bat verzweifelt um langsames Gehen. Das werteten sie als Widerstand.

Es war eine willkürliche Verhaftung, ich habe keinen Widerstand geleistet und wurde aus der Gesprächsgruppe herausgefischt. Mein Mann fragte die Polizisten, warum sie ausgerechnet mich gefaßt hätten, zumal etliche ebenfalls auf dem Platz standen und unbehelligt blieben.

Er wartete dann weitab von anderen Passanten vor der Abspernung, wo die Anzeigen erfolgten und wurde aufgefordert, sofort den Alexanderplatz zu verlassen. Er erwiderte, daß er auf mich warte. Daraufhin wurde er in bewährter Sippenhaft auch noch wegen angeblicher "Gefährdung

*Angelika Barbe* (Jahrgang 1951) war DDR-Oppositionelle, Gründungsmitglied der SPD in der DDR und von 1990 bis 1994 Bundestagsabgeordnete und Mitglied des SPD-Partei-Vorstandes. Aus Protest gegen die Zusammenarbeit mit der PDS trat sie 1996 aus der SPD aus und in die CDU ein. Bis zu ihrem Ruhestand im Frühjahr 2017 war sie bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung tätig.

der Sicherheit" mitverhaftet. Wir bekamen nach eineinhalb Stunden einen Platzverweis für den 16. Mai und jeder eine Anzeige. Sie erklärten uns nicht wofür. Eigentlich wurden wir nur daran gehindert, der Antifa zuzuhören.

Die Vorwürfe, den Abstand nicht eingehalten bzw. keinen Maulkorb getragen zu haben, erhoben sie nicht. Zu Weihnachten wurden Omas noch als Umweltsäue verunglimpft und jetzt werden sie abgeführt, wenn sie dort stehen, wo sie nicht stehen sollen. Aber noch wurde nicht befohlen, daß Rentner bei Rot über die Kreuzung zu gehen haben.«

Die frühere Bürgerrechtlerin erhebt schwere Vorwürfe gegen die Beamten:

»Schockierend waren Aggression und übergriffige Gewaltanwendung der Polizei. Schockierend war der willkürliche Zugriff beliebiger einzelner Personen aus der Menschenmenge.

Es ging darum, Angst zu erzeugen mit total unangemessener, völlig überzogener und unverhältnismäßiger Gewaltanwendung gegenüber gewaltlosen Bürgern.

Man wollte Bilder aus der Vorwoche vermeiden, als Tausende auf dem Alex "Freiheit" und "Wir alle sind das Volk" riefen.

Wenn das Recht nicht mehr gilt, dann sind wir alle der Willkür [...] ausgeliefert – auch hinsichtlich von Zwangsimpfungen. Deshalb sind und bleiben Demonstrationen für die Freiheit wichtig.«

# Von Millionen ist gar keine Rede mehr!

## Bei wem hat der Staat seine Schulden?

### Der Bund

Als Einrichtung für die staatliche Kreditaufnahme und die Verwaltung der Bundesschulden wurde am 19.9.2000 die *Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH* gegründet. Alleiniger Gesellschafter des Unternehmens mit rund 300 Angestellten ist der Bund, dieser wird vom Bundesministerium der Finanzen vertreten. Hauptaufgabe des Unternehmens ist die Finanzierung des Bundeshaushaltes. Sie nimmt am Geld- und Kapitalmarkt neue Kredite auf, um alte Schulden zu tilgen und ist dafür verantwortlich, daß der Bund immer »zahlungsfähig« bleibt.

Die Verbindlichkeiten des Bundes – also die Schulden – betragen zum 31.3.2020 genau 1.100.320.641.026,18 Euro (die Veröffentlichung über den Schuldenstand des Bundeshaushaltes finden Sie auf den Folgeseiten).

Um an Geld zu kommen, stellt der Bund Schuldscheine aus. Um den negativ besetzten Begriff »Schuldschein« zu vermeiden, werden diese zu »Bundeswertpapieren« oder »Staatsanleihen«.

Die ausgegebenen Schuldscheine können zu einem festgelegten Zinssatz von anderen Staaten und deren Zentralbanken, sonstigen Banken, Versicherungen, Hedgefonds, Investmentfonds oder anderen Unternehmen und Personen erworben werden.

Ein öffentliches Register, wer in welchem Umfang Schuldscheine erworben hat, existiert nicht. In der Theorie ist es auch egal, bei wem ein Staat seine Schulden hat – zahlen muß er so oder so.

Einen Unterschied macht es allerdings, wenn es bei der Rückzahlung eng wird. Je mehr ein Staat bei seinen eigenen Bürgern verschuldet ist, desto besser für ihn.



Pro-Kopf-Verschuldung der Bundesbürger

Das Volk ist leidensfähiger und wird seinen Staat nicht ohne Not in die Pleite zwingen.

Anders sieht das aus, wenn ein hoher Anteil ausländischer Investoren befriedigt werden muß.

### Die Länder

Zu bereits erwähnten über 1,1 Billionen Euro des Bundes kommen noch die Schulden der Länder und Kommunen.

Die Verschuldung der einzelnen Bundesländer lag laut Statistischem Bundesamt zum 31.12.2019 zwischen 3,76 Milliarden Euro (Sachsen) und 222,68 Milliarden Euro (Nordrhein-Westfalen) – insgesamt bei 579,135 Milliarden Euro.

### Die Gemeinden

Die Gemeinden hatten sich, ebenfalls laut Statistischem Bundesamt, zum 31.12.2019 mit insgesamt 130,787 Milliarden Euro bei privaten Investoren (Banken, Versicherungen, Anleger usw.) verschuldet.

### Auslandsschulden

Wie bereits angemerkt, werden die Gläubiger von Vater Staat nicht öffentlich gemacht.

Laut *Bundesbank* schuldeten Ende 2019 Bund, Länder, Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen zusammen dem Ausland 4,974 Billionen Euro.

### Die Gläubiger

Die Gläubiger der bundesdeutschen Schulden (öffentliche wie

nichtöffentliche) – meist Banken und Versicherungen – haben ihren Sitz u.a. in:

Niederlande	666 Mrd. Euro
Luxemburg	582 Mrd. Euro
Großbritannien	519 Mrd. Euro
USA	354 Mrd. Euro
Frankreich	321 Mrd. Euro
Irland	212 Mrd. Euro
Schweiz	210 Mrd. Euro
Japan	173 Mrd. Euro
Italien	134 Mrd. Euro
Dänemark	113 Mrd. Euro
Belgien	111 Mrd. Euro
Österreich	99 Mrd. Euro
Spanien	59 Mrd. Euro
Schweden	47 Mrd. Euro
China	42 Mrd. Euro

### Zukünftige

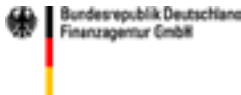
### Verbindlichkeiten

Wer bei diesen Zahlen nicht zu weinen anfängt, wird es spätestens dann, wenn er die Zahlen zum sogenannten »Schattenhaushalt« erfährt. In den Sozialkassen, vor allem in der Renten- und Pflegeversicherung, stecken langfristige Verbindlichkeiten, die nicht gegenfinanziert sind. Wäre der Staat ein Unternehmen, so müßte er, um all seine gegebenen Sozialversprechen einhalten zu können, entsprechende Rücklagen bilden und zwar in Höhe von 5,6 Billionen Euro.

Dies ist das Ergebnis der aktuellen »Generationenbilanz«, die der Freiburger Finanzwissenschaftler *Bernd Raffelhüschen* jährlich im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft erstellt.

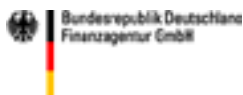
### Corona-Kosten

Die *Bundesbank* rechnet damit, daß die Folgen der Coronavirus-Pandemie allein den deutschen Staat bis zu 1,9 Billionen Euro kosten könnten. Allerdings ist diese Zahl mit Vorsicht zu genießen, es könnte auch noch viel, viel teurer werden.



## Übersicht über den Stand der Schuld der Bundesrepublik Deutschland zum

	31.12.2019	31.03.2020
<b>Verschuldung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen</b>	<b>1,078,261,092,911.70</b>	<b>1,100,320,641,026.18</b>
<b>Gliederung nach Instrumentenarten:</b>		
<b>Emissionsvolumen an Bundeswertpapieren</b>	<b>1,130,655,246,601.60</b>	<b>1,144,176,846,360.05</b>
<b>Bundesanleihen</b>	<b>757,500,000,000.00</b>	<b>753,000,000,000.00</b>
30-jährige Bundesanleihen	239,500,000,000.00	244,000,000,000.00
10-jährige Bundesanleihen	518,000,000,000.00	509,000,000,000.00
<b>Inflationsindexierte Bundeswertpapiere</b>	<b>72,700,000,000.00</b>	<b>74,200,000,000.00</b>
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	8,850,000,000.00	9,100,000,000.00
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	63,850,000,000.00	65,100,000,000.00
5-jährige inflationsindexierte Obligationen des Bundes	0.00	0.00
<b>Bundessobligationen</b>	<b>187,000,000,000.00</b>	<b>195,000,000,000.00</b>
<b>Bundesschatzanweisungen</b>	<b>98,000,000,000.00</b>	<b>98,000,000,000.00</b>
<b>Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes</b>	<b>15,050,246,601.60</b>	<b>23,571,846,360.05</b>
3-monatige Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	0.00	0.00
6-monatige Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	15,050,246,601.60	23,571,846,360.05
9-monatige Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	0.00	0.00
12-monatige Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	0.00	0.00
<b>Sonstige Bundeswertpapiere</b>	<b>405,000,000.00</b>	<b>405,000,000.00</b>
Anteil des Bundes an der Bund-Länder-Anleihe	405,000,000.00	405,000,000.00
Bundesschatzbriefe	0.00	0.00
Tagesanleihe des Bundes	0.00	0.00
<b>Schuldscheindarlehen</b>	<b>6,800,024,925.46</b>	<b>6,725,024,925.46</b>
inländische Gläubiger	6,762,024,925.46	6,687,024,925.46
ausländische Gläubiger	38,000,000.00	38,000,000.00
<b>Sonstige Kredite und Buchschulden</b>	<b>4,473,561,029.50</b>	<b>4,473,561,029.50</b>
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	0.00	0.00
Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank nach dem Umstellungsgesetz, dem	4,160,084,213.72	4,160,084,213.72
Ausgleichsforderungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung und Altschulden der 1	-6,753,245.13	-6,753,245.13
Zinsfreie Schuldverschreibung nach dem Militärregierungsgesetz Nummer 67	279,762,802.08	279,762,802.08
Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe	40,467,258.83	40,467,258.83



<b>Eigenbestände an Bundeswertpapieren</b>	<b>-63,667,739,644.86</b>	<b>-55,054,791,288.83</b>
<b>Bundesanleihen</b>	<b>-38,158,323,796.21</b>	<b>-32,061,690,229.85</b>
30-jährige Bundesanleihen	-8,933,466,088.41	-8,907,509,825.22
10-jährige Bundesanleihen	-29,224,857,707.80	-23,154,180,404.63
<b>Inflationsindexierte Bundeswertpapiere</b>	<b>-2,895,178,275.79</b>	<b>-3,172,269,633.79</b>
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	-301,674,260.00	-380,500,393.00
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	-2,593,504,015.79	-2,791,769,240.79
5-jährige inflationsindexierte Obligationen des Bundes	0.00	0.00
<b>Bundesschatzanweisungen</b>	<b>-12,280,957,604.19</b>	<b>-12,905,013,105.19</b>
<b>Bundesschatzanweisungen</b>	<b>-8,769,981,855.00</b>	<b>-6,915,818,320.00</b>
<b>Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes</b>	<b>-1,563,298,113.67</b>	<b>0.00</b>
3-monatige Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	0.00	0.00
6-monatige Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	-1,563,298,113.67	0.00
9-monatige Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	0.00	0.00
12-monatige Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	0.00	0.00
<b>Kassenverstärkungskredite und Kassenanlagen</b>	<b>-8,774,338,907.75</b>	<b>-27,768,744,501.76</b>
<b>Kassenverstärkungskredite des Bundes</b>	<b>17,744,572,182.22</b>	<b>26,230,321,733.50</b>
Geldmarktkredite	17,744,572,182.22	26,230,321,733.50
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	0.00	0.00
<b>Kassenanlagen des Bundes und der Sondervermögen</b>	<b>-26,518,911,089.97</b>	<b>-53,999,066,235.26</b>
Geldmarktanlagen	-26,518,911,089.97	-53,999,066,235.26
Sonstige Forderungen	0.00	0.00

nachrichtlich:

börsenfähige Wertpapiere zur Berechnung der Kreditermächtigung nach § 2 Absatz 5 des jeweils gültigen Haushaltsgesetzes	1,130,655,246,601.60	1,144,176,846,360.05
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes zur Haushalts- und Kassenfinanzierung insgesamt	15,050,246,601.60	23,571,846,360.05
Verbindlichkeiten und Forderungen aus der Kapitalindexierung inflationsindexierter Bundeswertpapiere	6,021,326,739.43	5,310,064,805.57
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung des Nennwertes	6,259,548,000.00	5,530,887,000.00
abzüglich Forderungen aus der Kapitalindexierung des Eigenbestands	-238,221,260.57	-220,822,194.43
Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere nach dem Schlusszahlungsfinanzierungsgesetz	4,554,035,500.00	4,611,005,500.00

Die "Übersicht über den Stand der Schuld der Bundesrepublik Deutschland" beinhaltet die Schulden von Bund und Sondervermögen gemäß §§ 4 ff. des Gesetzes zur Regelung des Schuldenwesens des Bundes (Bundesschuldenwesengesetz - BSchuWG).

# »Schaffung einer Weltregierung«

Man kann über die katholische Kirche sehr wohl unterschiedlicher Meinung sein, aber eines muß man ihr zugestehen, sie war und ist immer hervorragend darüber informiert, was hinter den politischen Kulissen vor sich geht. Nachdem sich alle möglichen (Möchtegern-)Promis zum Thema »Corona« im Merkelschen Sinne äußerten, kommt langsam auch die Gegenseite zu Wort. Katholische Kardinäle, Bischöfe, Ärzte, Journalisten und Intellektuelle warnen vor einer Einschränkung unserer Freiheitsrechte durch die weltweit agierenden politischen Kräfte:

*»In einer Zeit schwerster Krise erachten wir Hirten der katholischen Kirche es, kraft unseres Auftrags, als unsere heilige Pflicht, einen Appell an unsere Mitbrüder im Bischofsamt, an den Klerus, die Ordensleute, das heilige Volk Gottes und alle Männer und Frauen guten Willens zu richten. Dieser Aufruf ist auch von Intellektuellen, Medizinern, Anwälten, Journalisten und anderen Fachleuten unterzeichnet, die dem Inhalt zustimmen. Er kann von allen unterzeichnet werden, die ihn sich zu eigen machen möchten.*

*Die Fakten haben gezeigt, daß unter dem Vorwand der Covid-19-Epidemie in vielen Fällen unveräußerliche Rechte der Bürger verletzt und ihre Grundfreiheiten unverhältnismäßig und ungerechtfertigt eingeschränkt werden, einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit, auf freie Meinungsäußerung und auf Bewegungsfreiheit. Die öffentliche Gesundheit darf und kann kein Alibi werden, um die Rechte von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt zu verletzen, geschweige denn, um die Zivilbehörden von ihrer Pflicht zu entbinden, mit Weisheit für das Gemeinwohl zu wirken. Das gilt umso dringlicher, je mehr Zwei-*

**»Der frühere Premierminister Gordon Brown hat die Schaffung einer vorübergehenden Form der Weltregierung gefordert, um ein einheitliches Gremium zur Bekämpfung des Coronavirus zu schaffen.«**

*The Guardian, 26.3.2020*

*fel von verschiedenen Seiten an der tatsächlichen Ansteckungsgefahr, der Gefährlichkeit und der Resistenz des Virus laut werden [...].*

*Wir haben Grund zur Annahme – gestützt auf die offiziellen Daten zur Epidemie in Bezug auf die Anzahl der Todesfälle – daß es Kräfte gibt, die daran interessiert sind, in der Weltbevölkerung Panik zu erzeugen. Auf diese Weise wollen sie der Gesellschaft dauerhaft Formen inakzeptabler Freiheitsbegrenzung aufzwingen, die Menschen kontrollieren und ihre Bewegungen überwachen. Das Auferlegen dieser unfreiheitlichen Maßnahmen ist ein beunruhigendes Vorspiel zur Schaffung einer Weltregierung, die sich jeder Kontrolle entzieht.*

*Wir glauben auch, daß in einigen Situationen die Eindämmungsmaßnahmen, inbegriffen die Schließung von Geschäften und Betrieben, zu einer Krise geführt haben, die ganze Wirtschaftszweige zum Erliegen gebracht hat und die Einmischung fremder Mächte begünstigt, mit schwerwiegenden sozialen und politischen Auswirkungen.*

*Diese Formen der Gesellschaftsmanipulation müssen von jenen, die Regierungsverantwortung tragen, beendet werden, indem sie Maßnahmen zum Schutz der Bürger ergreifen, deren Vertreter*

*sie sind und in deren Interessen sie gemäß ihrer ersten Pflicht zu handeln haben. Sie müssen der Familie, der Keimzelle der Gesellschaft, helfen und vermeiden, schwache und ältere Menschen unangemessen zu benachteiligen und zu schmerzhaften Trennungen von ihren Angehörigen zu zwingen. [...]*

*Wir fordern die Wissenschaftsgemeinschaft auf, dafür zu sorgen, daß die medizinische Behandlung von Covid-19 in aufrichtiger Sorge um das Gemeinwohl gefördert und damit sorgfältigst vermieden wird, daß zweifelhafte Geschäftsinteressen die Entscheidungen der Regierungen und internationalen Behörden beeinflussen. [...]*

*Wir fordern die Regierenden außerdem auf, dafür zu sorgen, daß Formen der Kontrolle über Menschen, sei es durch Systeme zur Bewegungsverfolgung, sei es durch irgendwelche anderen Arten der Lokalisierung, auf das Strengste vermieden werden. [...]*

*Wir fordern die Medien mit Nachdruck auf, sich aktiv zu einer genauen Informationsweitergabe zu verpflichten und Dissens nicht zu bestrafen, indem sie, wie in den sozialen Medien, in der Presse und im Fernsehen mittlerweile weit verbreitet, Formen der Zensur ausüben. [...]*

*Der Aufruf wurde von Erzbischof Carlo Maria Viganò, Kardinal Gerhard Ludwig Müller, Kardinal Joseph Zen Ze-kium sowie anderen katholischen Geistlichen, Medizinern, Journalisten und Anwälten unterzeichnet.*

*Bei der Offenheit des Appells ist es kein Wunder, daß sich die bundesrepublikanischen medialen Hofberichterstatter auf den Schlipps getreten fühlen und gleich »Verschwörungstheorien« wittern – genau wie die Deutsche Bischofskonferenz, deren Diözesen vom Staat mitfinanziert werden.*



# Kurzmeldungen aus Absurdistan

## Hamburg zur Einwanderungsstadt erklärt

Die designierte rot-grüne Regierung hat angekündigt, die Ausländerbehörde zu einer Migrationsbehörde umzuwandeln. »Wir sind eine Einwanderungsstadt. Und darum haben wir uns entschieden, daß die Ausländer-Behörde, die für Migranten auch die erste Anlaufstelle in Sachen Willkommenskultur ist, künftig als Migrationsbehörde weiterentwickelt werden soll«, so die Grünen-Landeschefin Anna Gallina.

SPD und Grüne einigten sich auch darauf, daß die Hansestadt in Zukunft mehr Flüchtlinge aufnehmen wird, als sie nach der Verteilungsquote der einzelnen Bundesländer eigentlich müßte. Hierfür sollen zusätzliche Migranten über das EU-Resettlement-Programm nach Hamburg geholt werden.

## Das Ziel: Vereinigte Staaten von Europa?

Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) möchte die aktuelle Krise nutzen, um die EU nach dem Vorbild der USA zu gestalten. »Meine Vorstellung ist, daß Europa stärker zu einer Union zusammenwächst«, so Scholz in einem Gespräch mit der Wochenzeitung DIE ZEIT. »Uns allen wird in dieser Lage doch sehr deutlich, daß wir nicht alles in der EU so lassen können, wie es ist«, so Scholz weiter.

Auch sprach er sich für europäische Gemeinschaftsschulden und neue Steuern aus, die direkt nach Brüssel gehen sollen. »Wer über gemeinsame Ausgaben spricht, wie wir sie gerade diskutieren, sollte sich auch Gedanken

machen über echte eigene Einnahmen. [...] Ich denke aber, im Zuge einer tieferen Integration der EU sollte eine zeitweilige Aufnahme von Schulden auf europäischer Ebene kein Tabu sein.«

## Sind Prostituierte systemrelevant?

Nun könnte man trefflich darüber spekulieren, für welche Politiker Prostituierte »systemrelevant« sind.

Vielleicht kann Wolfgang Kubicki (FDP) mit einer Bemerkung aus dem Jahre 2010 Licht ins Dunkel bringen. Auf die Frage warum er nicht nach Berlin wolle, antwortete er: »Berlin ist eine große, böse Stadt, und ich stünde in der Gefahr, zum Trinker oder zum Hurenbock zu werden«.

Sollte er mit seiner damaligen Beurteilung der Bundeshauptstadt recht behalten, ergäbe es auch Sinn, warum Prostituierte 4.500 Euro Soforthilfe bekommen.

Warum sollte, was für Bäcker, Friseur und andere Selbstständige gilt, nicht auch für Prostituierte gelten? Sind eben alles »systemrelevante« Dienstleistungen.

## Angriffe auf Politiker und Parteibüros

Über Angriffe auf Repräsentanten und Einrichtungen von Parteien antwortete die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. Danach wurden im ersten Quartal dieses Jahres 161 Straftaten gegen Parteirepräsentanten/Parteimitglieder registriert.

Davon waren den Angaben zufolge Vertreter der AfD in 68 Fällen betroffen, Vertreter der CDU in 23 Fällen und Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen in 21 Fällen. In 15 Fällen waren laut Vorlage Vertreter der SPD betroffen, in jeweils 13 Fällen Vertreter der FDP und der Linken sowie in sechs Fällen Vertreter der CSU.

Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, wurden zudem im ersten Quartal dieses Jahres 110 Straftaten gegen Parteigebäude/Parteieinrichtungen gemeldet. Davon waren in 41 Fällen die AfD betroffen, in 22 Fällen die CDU sowie in jeweils 14 Fällen die SPD, die FDP und Die Linke, während auf die Grünen fünf Fälle und auf die CSU ein Fall entfielen.

## Moslems besiegen das Corona-Virus

Es gehört zum fundierten Grundwissen eines jeden vom Staat vorsätzlich verblödeten Schulabgängers, daß die Türken Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgebaut hätten.

Nun kommt das nächste »Narrativ« (ein Märchen, von dem man annimmt, daß es nach ständiger Wiederholung geglaubt wird) dazu. Dazu gehört auch, daß es von ganz oben, also vom Bundespräsidenten höchstselbst kommt. Anlässlich des Endes des Ramadans fühlte sich Herr Steinmeier bemüßigt, an seine muslimischen Mitbürger eine Grußbotschaft zu verfassen (Auszug):

»Ihnen allen, die diese strengen Regeln eingehalten und dazu beigetragen haben, daß wir erste Erfolge im Kampf gegen das Virus erzielen konnten, gilt heute mein großer Dank! Danke für Ihr Verständnis, danke für Ihr verantwortungsvolles und umsichtiges Handeln! [...]

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Ende des Ramadan, und ich wünsche Ihnen und uns allen, daß wir nächstes Jahr wieder gemeinsam feiern können. Denn dieses Fest gehört längst zum Zusammenleben in Deutschland: Es ist Ausdruck gelebten Glaubens und ein Symbol einer friedlichen und toleranten Gesellschaft. Es verbindet Muslime untereinander, aber auch Muslime und Nichtmuslime.«

**Sie erhalten nur ein UN-Heft?  
Und was weiß Ihr Nachbar?  
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5  
oder 10 Hefte monatlich!**

# Corona-Zeit ist Lesezeit

Corona hat einen Strich durch viele Urlaubsplanungen gemacht. Genug Zeit also, am Nord- und Ostseestrand; auf dem hauseigenen Balkon und im Garten die Zeit mit Lesen zu verbringen.

Deshalb haben wir nach langem Hin und Her auch diesem Jahr wieder in Auflagenhöhe einer mittelgroßen Tageszeitung unsere »UN-Ferien-Sonderausgabe« mit »leichter Kost« zusammengestellt, die die Leute beim Frühstück, im Liegestuhl, auf der Parkbank oder sonstwo »genießen« können wie »ihre Bild-Zeitung«.

Damit wollen wir erreichen, weit über unseren Leser- und Freun-

deskreis hinaus die Menschen auf der Straße zu erreichen, die sonst nur von den »politisch korrekten« Hofberichterstattem beeinflusst werden.

Unsere »UN-Ferien-Sonderausgabe« ist also nicht nur für Sie gedacht, liebe Leser, obwohl Sie es sind, die durch Ihre Spenden diesen Versuch ermöglichen, an die normalverdummt Menschen um uns herum heranzukommen.

Unsere große Bitte an Sie: Bestellen Sie 10, 50, 100 oder mehr Exemplare, um in Ihrer Stadt oder am Ferienort Ihre Mitmenschen zu beschenken und zum Nachdenken anzuregen.

Für Ihre Mithilfe unser Dank im voraus. Für eine Bestellung genügt ein Anruf: 0208 - 840132.



**Maske auf - Schnauze halten!**

FERIEN-SONDERAUSGABE  
**UN**  
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN  
www.un-nachrichten.de

**Willkommen in der Maulkorb-Republik**

**Droht eine Corona-Diktatur?**  
Man könnte fast den Verdacht haben, nach den "Höckersleugnern" und den "Klimaleugnern" geht es jetzt den "Coronaleugnern" an den Krallen.  
Wer die Einschränkung der angeblich doch "unabänderlichen" Grundrechte durch einfache Gesetze oder Verbote kritisiert oder gar gegen teilweise willkürliche oder unverhältnismäßige Verordnungen verstößt, riskiert eine Strafverfolgung.  
Dabei heißt es im Grundgesetz, Artikel 19:  
**"In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden."**  
Ist das Grundgesetz neuerdings nicht mal das Papier wert, auf dem es gedruckt ist?

**Notwendigkeit zu einer Verpflichtung.**  
etwa gute Händehygiene und Abstand halten zu Erkrankten."

Die Stuttgarter Zeitung meldete am 24. Februar: "Staatliche Stellen wie das Robert Koch-Institut (RKI) betonen auf ihrer Internetseite, dass es keine hinreichenden Belege dafür gebe, dass gesunde Menschen, die einen Mund-Nasen-Schutz tragen, ihr Ansteckungsrisiko damit deutlich verringern. Zu den wichtigsten und effektivsten Schutzmaßnahmen für die Allgemeinbevölkerung zählen demnach

"Rin inne Kartoffeln, raus ausse Kartoffeln", hieß es im Ruhrpott immer, wenn jemand nicht wusste, was er wollte.  
Das erinnert trefflich an die verordnete Maskenpflicht:  
"Ein Mundschutz ist nicht notwendig, weil der Virus gar nicht über den Atem übertragbar ist", so Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Ende Januar 2020.  
Ende März fügte er hinzu: "In der jetzigen Lage sehe ich keinerlei

## Liebe Leser, ganz privat:

### 8. Mai: Jubelfeiern abgesagt und aufgehoben

Mit bombastischen Militärparaden und Jubelfeiern wollten die Sieger des Zweiten Weltkrieges das 75jährige Jubiläum der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht feiern. Nicht nur *Trump* und *Putin*, die heutigen Erzfeinde, sondern auch die Engländer und Franzosen, alle unsere »Freunde« hatten großartige Feiern geplant.

Wir Deutschen hätten es wahrscheinlich mit ansehen müssen, daß »unsere« Spitzen von Staat und Regierung sogar an diesen Feierlichkeiten teilgenommen hätten. Besonders für die noch lebenden Opfer der alliierten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen war das schon in den früheren Jahren eine Qual.

Ein klitzekleines Virus hat diese Freudenfeste zu nichte gemacht.

Dieser Tag, der von manchen Deutschen als Befreiung, von vielen anderen als Tag des Geden-

kens an beispiellose Nachkriegsverbrechen, an Hunger, Elend und Tod von Millionen Deutschen gesehen wird, sollte auch in der Bundesrepublik groß gefeiert werden. Stattdessen stand Bundespräsident *Steinmeier* im Freien vor einer Handvoll Auserlesener und hielt eine Rede, in der die deutsche Schuld im Mittelpunkt stand, und erklärte: **»Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben.«**

*»Wir müssen als Europäer denken, fühlen und handeln. Wenn wir Europa, auch in und nach dieser Pandemie, nicht zusammenhalten, dann erweisen wir uns des 8. Mai nicht als würdig. Wenn Europa scheitert, scheitert auch das "Nie wieder"!«*

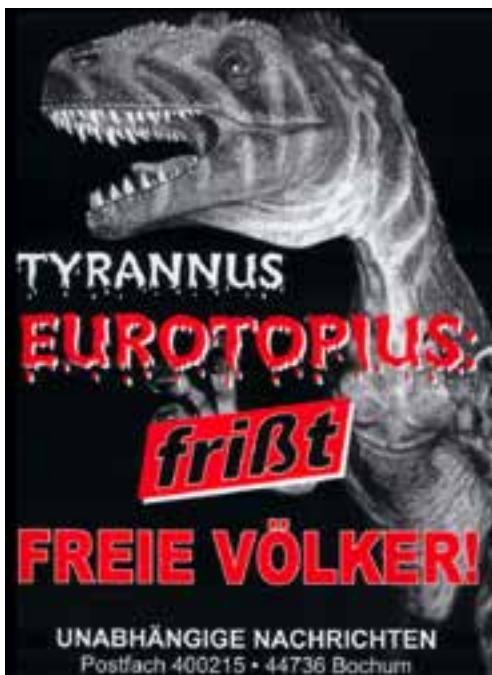
**FAZIT: Die Deutschen mit gebrochenem Herzen sollen weiter zahlen, zahlen, zahlen!**

*Ihre UN-Mitarbeiter*

# Die EU fletscht ihre Zähne

Das Bundesverfassungsgericht wagte es erstmalig und einmalig, Entscheidungen der EU in Teilen für verfassungswidrig, also unvereinbar mit dem deutschen Grundgesetz zu erklären.

Auch wenn das Urteil vom 5.5.2020 nur eine »Ohrfeige mit Samthandschuhen« war, fletschten die Spitzen der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank die Zähne: Das BVerfG hatte die schrankenlosen, milliardenschweren Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB für grundgesetzwidrig erklärt und geurteilt, Deutschland dürfe sich daran künftig nicht mehr beteiligen, wenn die wirtschaftlichen, finanziellen und gesellschaftspolitischen Folgen solcher Schuldenpolitik nicht näher beleuchtet und erläutert und die Verhältnismäßigkeit nicht dargelegt würden. Das oberste deutsche Gericht gab der Bundesregierung drei Monate Zeit, die EZB zu einer Überprüfung zu bewegen.



Die EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* erklärte, die *Deutsche Bundesbank* müsse sich trotz des Karlsruher Urteils weiterhin an den Anleihekäufen beteiligen: »Nach dem Vertrag müssen alle nationalen Zentralbanken in vollem Umfang an den Entscheidungen und der Durchführung der

*Geldpolitik des Euro-Währungsgebietes teilnehmen.«* Alle Nationalbanken in der Eurozone seien unabhängig und dürften keine Anweisungen von Regierungen entgegennehmen: »Das ist in den Verträgen festgeschrieben«. Frau von der Leyen, die (deutsche!) EU-Kommissionspräsidentin, schäumte vor Wut über das Urteil des obersten deutschen Gerichts und drohte mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik. Das EU-Recht stehe über nationalem Recht.

## Sind wir nur noch Knechte der EU?

Die *Deutsche Bundesbank* ist mit etwas mehr als 26 Prozent der größte Anteilseigner der EU-Zentralbank, der 19 Mitgliedstaaten angehören. Für mehr als ein Viertel aller Schulden-Papiere, die die *Europäische Zentralbank* ankauft, haftet also der deutsche Steuerzahler. Aber zu sagen hat er nichts. **Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?**

### SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt  
Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) \_\_\_\_\_

Name des Kreditinstituts \_\_\_\_\_

BIC (SWIFT) \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.
- Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

### Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: \_\_\_\_\_ Euro

- einmalig  jährlich
- halbjährlich  zweimonatlich
- vierteljährlich  monatlich

ab (Datum): \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

## Demontage von Windrädern teurer als geplant



Photo © David Dixon / cc-by-sa/2.0 (Ausschnitt)

Die Methode ist bewährt und die Menschen fallen immer wieder darauf rein. Um politisch-ideologische Ideen durchzusetzen, werden die Bürger belogen, im besten Fall erzählt man ihnen nur die halbe Wahrheit. So auch bei der Installation von tausenden Windrädern auf Land oder vor unseren Küsten.

Sie seien alternativlos, hoch effizient und die Zukunft für unsere Energieversorgung. Die Einwände von Fachleuten, die schon seit Jahren die Sinnhaftigkeit der Windräder in unseren Breitengraden infrage stellen, wurden abgebugelt.

Die Kosten für den Rückbau einer Windkraftanlage liegen zwischen zwei und zehn Prozent der Investitionskosten, je nach Lage und Ausrü-

stung. Schon jetzt stehen mehr als 4.500 Windräder in der Nordsee, und es werden jedes Jahr mehr.

Ein Milliardengeschäft für Unternehmen, die sich zukünftig darauf spezialisieren, diese Anlagen nach 20 bis 25 Jahren zu erneuern oder zurückzubauen.

Aber was sind schon Milliarden, wenn wir momentan bereits in Billionen-Größen rechnen.

Interessant dürften auch die CO<sub>2</sub>-Werte sein, die logischerweise bei der Entsorgung anfallen werden – sind aber in der Gesamtbilanz ganz sicher schon von *Robert* und *Annalena* berücksichtigt worden!?

Schilda war im Vergleich zu dieser Politik ein Hort von Realisten.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen.  
Für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

### FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,55 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Jahrgang: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_ (für Rückfragen)

#### Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergegeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

### ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32  
Telefax: 0208 - 84 87 057  
E-Post: [info@un-nachrichten.de](mailto:info@un-nachrichten.de)

#### Bankverbindung:

FK UN e.V.  
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01  
BIC: PBNKDEFF

#### Internet:

[www.un-nachrichten.de](http://www.un-nachrichten.de)  
[www.fb.com/UN.Nachrichten](http://www.fb.com/UN.Nachrichten)

#### Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

#### Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto. Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.  
[creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/)